

Ministerium für Soziales und Integration
Baden-Württemberg
Herrn Minister Manfred Lucha
Else-Josenhans-Str. 6
70173 Stuttgart

05. Februar 2021

Sicherstellung der Einreise für Grenzpendler aus Frankreich

Sehr geehrter Herr Minister Lucha,

mit großer Sorge verfolge ich die aktuellen Überlegungen Frankreich als Hochinzidenzgebiet einzustufen und die Diskussion über die daraus folgenden verschärften Einreiseregeln nach Baden-Württemberg.

In den Unternehmen und Einrichtungen auf dem Gebiet der Stadt Lahr sind alleine rund 600 Beschäftigte tätig, die aus Frankreich über die Grenze an ihren Arbeitsplatz pendeln. Am südlichen Oberrhein arbeiten insgesamt über 12.000 Grenzpendler aus dem Nachbarland. Unsere Wirtschaft ist in hohem Maße abhängig von Fachkräften aus Frankreich.

Sollte Frankreich zum Hochinzidenzgebiet erklärt werden, ist gemäß der Coronavirus-Einreiseverordnung ein Negativtest bei der Einreise mitzuführen. Mir ist bewusst, dass wir klare Regeln bei der Einreise aus ausländischen Risikogebieten brauchen, um in der Corona-Pandemie Fortschritte zu erzielen. Dabei sollte jedoch sichergestellt werden, dass die Grenzpendler weiterhin mit vertretbarem Aufwand zu ihrer Arbeitsstätte gelangen.

Ich danke Ihnen für Ihre Ankündigung, dass sich Grenzpendler künftig in Hausarztpraxen und Corona-Schwerpunktpraxen kostenlos testen lassen können. Dies ist ein erster wichtiger Schritt. Die Testpflicht droht jedoch die bestehende Testinfrastruktur in der Region massiv zu überlasten. Daher braucht es eine durchdachte Teststrategie, die jedem Grenzpendler den Zugang zu notwendigen Tests ermöglicht. Diese beinhaltet ausreichende Testkapazitäten auf beiden Seiten der Grenze. Auch Grenzkontrollen müssen so gestaltet werden, dass ein regelmäßiges Pendeln ohne erhebliche Verzögerungen praktikabel ist.

Die Kommunen, Praxen, Unternehmen und Beschäftigten in der Region können die Herausforderung durch die Testpflicht nicht alleine meistern. Bitte schaffen Sie daher die Voraussetzungen dafür, dass das Berufspendeln über die deutsch-französische Grenze auch im Falle eines Hochinzidenzgebiets Frankreich weiterhin mit vertretbarem Aufwand möglich ist.

Viele Lahrer Unternehmen aus Handel, Gastronomie und Dienstleistung sind direkt vom laufenden Lockdown betroffen. Die daraus resultierenden Verwerfungen für den Wirtschaftsstandort Lahr lassen sich bisher nur erahnen. Wir sollten unbedingt sicherstellen, dass die Teile der Wirtschaft, die weiterhin produktiv sein dürfen, ihren Fachkräftebedarf auch in der Krise sicherstellen können.

Daher setze ich auf Ihre Unterstützung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Markus Ibert

2. Nachrichtlich an

Frau Ministerin Nicole Hoffmeister-Kraut,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Herrn Dr. Johannes Fechner MdB

Herrn Peter Weiß MdB

Frau Marion Gentges MdL

Frau Sandra Boser MdL

Herrn Frank Scherer, Landrat des Ortenaukreises

Gemeinderat der Stadt Lahr

Herrn Erster Bürgermeister Guido Schöneboom

Herrn Bürgermeister Tilman Petters

Pressevertreter